



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER OKTOBER 2024

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

„Das hätte ich nicht gedacht. Ich dachte, wenn sie mal Verantwortung haben, nehmen sie ein wenig Vernunft an“, sagte heute ein Kollege aus einer anderen Fraktion zu mir. Wie naiv kann man sein! Ich rede von der AfD. Ich rede über Thüringen. Ich rede über gestern. Das, was sich in der konstituierenden Sitzung im thüringischen Landtag in Erfurt zugetragen hat, ist doch keine Überraschung! Zumindest für die nicht, die die Politik der Spaltung und Hetze dieser Partei mitverfolgen. Wir sehen hier deutlich, was passiert, wenn rechtsnationale und rechtspopulistische Parteien gewählt werden: Sie lösen kein Problem, aber sie wollen die Demokratie auflösen. Es entbrennt wieder eine Debatte über ein Verbot der AfD. Ja, was denn sonst? Es muss aber auch funktionieren. Wir haben hohe rechtstaatliche Hürden, das muss alles sauber bearbeitet werden. Jeder Schnellschuss kann nach hinten losgehen.

Wie lange habe ich jetzt über die AfD geredet? Lasst uns besser über unsere sozialdemokratische Politik reden. Lasst uns darüber reden, dass wir heute das Rentenpaket in den Bundestag eingebracht haben. Lasst uns darüber reden, dass wir damit die Renten sicher machen. Wohl jeder in unserem Land braucht sichere Renten. Die, die in Rente sind, die, die demnächst in Rente gehen und auch die ganz jungen, die sich auf eine Rente verlassen wollen. Das ist sozialdemokratische Politik. Das ist Politik, die den Menschen hilft. Darüber sollten wir reden.

Ihr/Euer

3



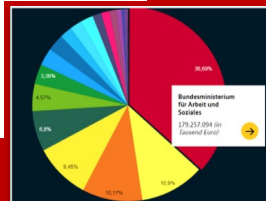
Nominierung für die
Bundestagswahl 2025

4



Heißer Herbst im
Ausschuss Arbeit & Soziales

6



Haushalt 2025 mit
179 Milliarden für A & S

7



Berlin-Fahrt mit Gästen
aus Hohenroth

KLARTEXT

INTEGRATION DURCH ARBEIT



Der Jobturbo läuft an. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hatte den Jobturbo im Herbst letzten Jahres ins Leben gerufen, damit Geflüchtete schneller und mit weniger Sprachanforderungen ein-

gestellt werden. Es freut mich, von allen Seiten von einem Anstieg der Beschäftigung bei geflüchteten Menschen zu hören. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung konnte die Beschäftigung von ukrainischen Staatsangehörigen, aber auch von Menschen aus den wichtigsten Asylherkunftsländern, deutlich gesteigert werden.

Sowohl in Bayern als auch bundesweit gibt es einen Anstieg bei der Erwerbsquote von Geflüchteten aus der Ukraine. Sie liegt in Bayern bei 34,5 Prozent. Das entspricht gut 37.000 Frauen und Männern. Bundesweit gehen 28,9 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer regelmäßig arbeiten.

Von Oktober 2023 bis August 2024 sind bundesweit 66 Prozent mehr ukrainische Staatsangehörige aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung gewechselt als im Vorjahreszeitraum. Wie im gesamten Bundesgebiet wird auch in Bayern der Zuwachs an Beschäfti-

gung seit 2023 ausschließlich von ausländischen Staatsangehörigen getragen.

Das ist ein sehr gutes Zwischenergebnis des Jobturbos, mit dem die Integration von Geflüchteten in Arbeit beschleunigt werden soll. Was die Beschäftigten der Jobcenter hier leisten, ist bemerkenswert. Dafür danke ich ihnen.

Integration in Arbeit bedeutet auch Integration durch Arbeit. Da findet – dank der Arbeit der Beschäftigten in Jobcentern und Arbeitsagenturen – auch bei den Arbeitgebern ein Umdenken statt: Nicht für jeden Job muss man bereits zu Beginn ausgefeilte Deutschkenntnisse haben. Auch im Arbeitsalltag lernen die Beschäftigten dazu und bauen ihre Sprachkenntnisse aus.

Die von Ministerpräsident Söder immer wieder ins Spiel gebrachte „Arbeitspflicht“ für Geflüchtete bringt dagegen nichts Neues: Der Bund erlaubt es bereits jetzt allen Kommunen, arbeitsfähigen Menschen, die Bürgergeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, sogenannte Arbeitsgelegenheiten zuzuweisen. Das sind in der Regel gemeinnützige Tätigkeiten. Diese Möglichkeit wird von bayerischen Kommunen allerdings sehr zurückhaltend genutzt.

Wie inklusiv ist Deutschland, Jasmina?

Jasmina Hostert über ihren Weg aus dem Bosnienkrieg bis in den Bundestag, den besonderen Moment ihrer Einbürgerung und Erfahrungen im Para-Sport.

▶ 00:00

00:00





SPD Main-Spessart/Miltenberg

NOMINIERUNG

DANKE FÜR DAS VERTRAUEN

Die SPD Main-Spessart/Miltenberg hat mich auf ihrer Bundeswahlkreis-Konferenz Mitte September in Altfeld erneut als ihren Kandidaten für die Wahl zum Deutschen Bundestag nominiert. 63 der 64 Delegierten sprachen sich bei einer Enthaltung für meine Kandidatur für die Wahl im September 2025 aus. Das sind 98,4 Prozent!

Ich freue mich sehr und bin dankbar für diesen großen Vertrauensbeweis. Die Zustimmung nehme ich als Auftrag dafür zu kämpfen, dass der Wahlkreis auch künftig mit einem SPD-Abgeordneten im Bundestag vertreten ist. Ich möchte weiterhin die Bürgerinnen und Bürger in Main-Spessart und Miltenberg mit aller Kraft in Berlin vertreten.

In meiner Bewerbungsrede ging ich besonders auf den Themenbereich „Arbeit und Soziales“ ein. Ich bin seit 2013 im entsprechenden Bundestagsausschuss, den ich seit 2021 als Vorsitzender leite.

Meine klare Botschaft: Die SPD steht an der Seite allerer, die arbeiten gehen und unser Land am Laufen halten. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich um Erziehung und Pflege kümmern oder sich ehren-

amtlich engagieren und die nach einem Leben voller Arbeit im verdienten Ruhestand sind.

Bei der anschließenden Aussprache gab es viele sehr positive Rückmeldungen und auch sehr nachdenkliche, sehr reflektierte und abgewogene Äußerungen über den Zustand unseres Landes und unserer Partei.

Pamela Nembach, Co-Vorsitzende der SPD Main-Spessart: „Bernd ist aktiv, immer für uns da und sehr präsent. Für den Bundeswahlkreis hat er schon viel erreicht, er hört zu und bleibt an Themen hartnäckig dran.“

„Er ist sehr gut vernetzt in Berlin, vertritt im Ausschuss Arbeit und Soziales die Kernthemen der Sozialdemokratie. Umso wichtiger ist, dass Bernd weiter für uns in Berlin arbeiten kann, zumal er bei aller Arbeit immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger hat“, so Sabine Balleier, Co-Vorsitzende der SPD im Landkreis Miltenberg.

Danke für diese Worte.

Für mich ist wichtig: Ich bin immer ansprechbar. Der direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ist der Kern meiner Wahlkreisarbeit. Um ihre Anliegen kümmere ich mich persönlich.

Konkret helfen und die Zukunft unseres Landes gestalten, diese Arbeit möchte ich gerne weitere vier Jahre machen.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.bernd-ruetzel.de

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

youtube.com/@berndruetzelmdb1037



Deutscher Bundestag, Wiener Schüring

HEIßER HERBST

AUSSCHUSS ARBEIT & SOZIALES

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales gestalten wir die Bedingungen für die Menschen, die arbeiten und für diejenigen, die lange gearbeitet haben. Außerdem kümmern wir uns um die Vermittlung von Menschen in Arbeit und die Inklusion behinderter Menschen. Als Vorsitzender darf ich den mit 49 Mitgliedern größten Ausschuss des Deutschen Bundestages leiten.

Dass die Koalition noch viel vorhat, kann man am Arbeitsprogramm für den kommenden Herbst und Winter sehen. Gemeinsam mit Arbeitsminister Hubertus Heil haben wir Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker uns ein ordentliches Programm für den Herbst und Winter vorgenommen.

Zur Stärkung der Tarifbindung werden wir die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines in der Branche repräsentativen Tarifvertrags binden. Künftig sollen wieder deutlich mehr Beschäftigte von Tarifverträgen profitieren. Außerdem werden wir im **Bundestariftreuegesetz** ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften zum Betrieb verankern, das es den Gewerkschaften ermöglicht, die im Betrieb verwendeten Informations- und Telekommunikationstechnologien zu nutzen. Und wir regeln,

dass Tarifverträge bei Betriebsausgliederungen weiter gelten.

Mit dem **Rentenpaket II** sorgen wir dafür, dass die Rentenhöhe an die Lohnentwicklung gekoppelt bleibt und verlängern langfristig das Mindestsicherungsniveau von 48 Prozent. Zusätzlich bauen wir als Ergänzung der umlagefinanzierten Rente ein Generationenkapital auf.

Für Menschen, die länger arbeiten können und wollen, werden wir Arbeit über die Regelaltersgrenze hinaus einfach und lukrativer machen, indem wir eine **Rentenaufschubprämie** einführen und es Arbeitgebern ermöglichen, zukünftig ihren Anteil am Rentenversicherungsbeitrag statt an die Rentenversicherung direkt an die Beschäftigten zu zahlen. Was mir aber wichtig ist: Längeres Arbeiten ist freiwillig und muss es auch bleiben!

In den letzten Jahren sind einige Hindernisse für die stärkere Nutzung von **Betriebsrenten** deutlich geworden. Diese Hürden werden wir beseitigen und neue Anreize setzen, damit in möglichst vielen Unternehmen gute Betriebsrenten selbstverständlich und zum festen Bestandteil der Altersvorsorge der Beschäftigten werden.

Für Menschen, die kurzzeitig arbeitslos sind, bauen wir Bürokratie ab. Außerdem stärken wir mit dem **SGB III-Modernisierungsgesetz** die Jugendberufsagenturen, erleichtern die Möglichkeit, sich mit einem Gründungszuschuss selbstständig zu machen und sorgen dafür, dass Beschäftigte auch mit Resturlaubsansprüchen Kurzarbeitergeld erhalten können.

Die Reform des **Beschäftigtendatenschutzes** wird der zunehmenden Bedeutung des Umgangs mit Daten der Beschäftigten in einer digitalen Arbeitswelt Rechnung tragen. >>>

HEIßER HERBST

AUSSCHUSS ARBEIT & SOZIALES

<< Fortsetzung von Seite 3

Wir setzen Regelungen für den Einsatz neuer Technologien, wie etwa Künstliche Intelligenz, Regelungen zu Datenverarbeitungen in der Bewerbungsphase sowie klare Vorgaben für Kontroll- und Überwachungsthemen.

Wir entwickeln die **Unfallversicherung** vor dem Hintergrund einer veränderten Lebens- und Arbeitswelt weiter und verbessern den Unfallversicherungsschutz im Ausland und für Studierende.

Mit der Reform des **Behindertengleichstellungsgesetzes** wollen wir weitere Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen beseitigen, ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen.

Außerdem werden wird in den kommenden Wochen und Monaten das **Produktsicherheitsgesetz** und das **Seearbeitsgesetz** reformieren, die Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen an die Konstruktion und den **Bau von Maschinen** gesetzlich regeln, das **Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt** ratifizieren und die Zielgenauigkeit im **Bürgergeld** erhöhen.

Ich freue mich auf einen arbeitsamen und produktiven Herbst und Winter. Wenn Sie zu einem der Themen Rückfragen haben, schreiben Sie mich gerne an.



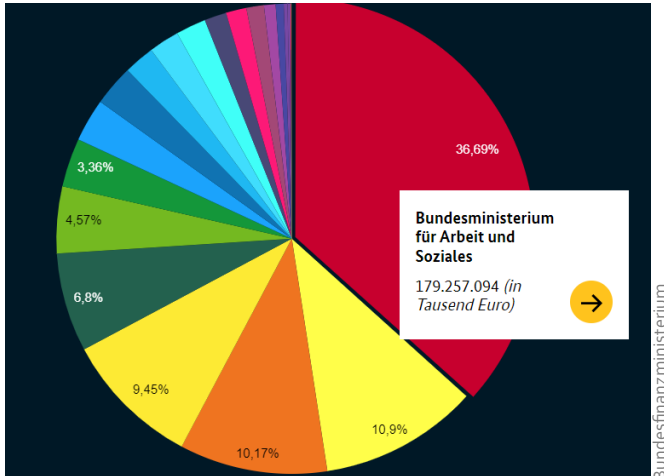
Pixabay | stevepb

ASYLRECHT

SCHUTZ UND SICHERHEIT

Nach dem Attentat in Solingen zieht die Regierung die nötigen Konsequenzen und schnürt ein Sicherheitspaket, das Verschärfungen im Waffenrecht beinhaltet und die Sicherheitsbehörden stärkt:

- Eingeführt wird ein absolutes Messerverbot bei Volksfesten, Sportveranstaltungen, Messen, Ausstellungen, Märkten und anderen öffentlichen Veranstaltungen. Auch in Bussen und Bahnen gilt künftig ein Messerverbot. Der Umgang mit gefährlichen Springmessern wird generell verboten.
- Sein Asylrecht verwirkt, wer Straftaten mit einem antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen, geschlechtsspezifischen, gegen die sexuelle Orientierung gerichteten oder sonstigen menschenverachtenden Beweggrund begeht.
- Ausweisungen werden erleichtert, wenn bestimmte Straftaten unter Verwendung einer Waffe oder eines sonstigen gefährlichen Werkzeugs erfolgen.
- Heimreisen ins Heimatland führen künftig auch zur Aberkennung des Schutzstatus.
- BKA und Bundespolizei bekommen mehr Befugnisse zur Bekämpfung von Terrorismus.



HAUSHALT

JETZT IST DER BUNDESTAG AM ZUG

Anfang September hat die Bundesregierung ihren Entwurf zum Bundeshaushalt 2025 in Höhe von 489 Milliarden Euro im Bundestag eingebracht. Jetzt laufen die parlamentarischen Beratungen. 81 Milliarden Euro stehen für Zukunftsinvestitionen bereit und für 179 Milliarden ist der Ausschuss Arbeit & Soziales zuständig, den ich als Vorsitzender leite: Wir unterstützen Arbeitnehmer und ihre Familien und sorgen für sichere Renten und einen starken Sozialstaat.

Gleichzeitig verhindern wir, dass Aufgaben gegeneinander ausgespielt werden: Das Soziale wird gestärkt und die Konjunktur angekurbelt, es wird in moderne Infrastruktur, in Kitas und Schulen, in Digitalisierung und Klimaschutz sowie in gute Arbeitsplätze investiert. Daran gibt es keine Abstriche. Und gleichzeitig steht Deutschland weiter an der Seite der Ukraine.

Auch die diesjährigen Haushaltsverhandlungen finden im Schatten des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der daraus folgenden schwierigen Wirtschaftslage statt. Die vermeintlich einfachen Antworten von Extremisten und Populisten auf aktuell dringende Fragen bieten aber keineswegs ernsthafte Lösungen.

Die Inflation konnten wir gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank bereits in den Griff bekommen. Jetzt gilt es, die Wirtschaft weiter anzukurbeln. Dabei geht es uns nicht nur um neue Arbeitsplätze durch das Ansiedeln zukunftsorientierter Unternehmen in den Bereichen der Pharma-, Batterie- und Chipindustrie. Wir tragen auch Verantwortung für den Erhalt guter Arbeitsplätze vom Maschinenbau bis zur Automobilbranche.

Mit dem Entwurf hat uns die Bundesregierung vor die Herausforderung gestellt, für eine sogenannte Globale Minderausgabe (GMA) von 12 Milliarden Euro realistische Vorschläge zu unterbreiten. Als SPD stellen wir uns dabei schützend vor den Sozialstaat. Wir werden Menschen in unserem Land auch zukünftig in schweren Lebenslagen unter die Arme greifen. Auch werden wir die höheren Ausgaben für unsere Sicherheitsbehörden und die Bundeswehr vor Sparzwängen verteidigen.

Wichtig bleibt unsere internationale Verantwortung: Dazu zählt nicht nur die Unterstützung der Ukraine und das 2-Prozent-Ziel der NATO. Wir müssen auch unseren Zusagen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nachkommen. Wer weniger illegale Migration nach Europa möchte, muss Fluchtursachen bekämpfen und in Heimatländern Perspektiven für gutes Leben unterstützen.

Für uns ist wichtig: Er darf kein Sparhaushalt sein, sondern muss Sicherheit, Zusammenhalt und Investitionen stärken. Nun sind wir im Parlament am Zug, den Entwurf der Regierung genau zu betrachten, zu diskutieren und – wie immer – noch zu verbessern, ehe er Ende November verabschiedet wird.

Den Haushalt als interaktive Grafik gibt es [hier!](#)



Bundesregierung | Stadt.Land.Mensch-Fotografie

BERLINFAHRT

50 GÄSTE IN DER HAUPTSTADT

In Berlin herrschte Rekordhitze – zuletzt war es vor ca. 120 Jahren so heiß wie Anfang September, als sich meine 50 Gäste aus Aschaffenburg, Main-Spessart und Miltenberg auf in die Hauptstadt machten.

Gleichzeitig liefen die Aufbauarbeiten für das große Bürgerfest im Deutschen Bundestag zum 75-jährigen Bestehen unserer parlamentarischen Demokratie im Rahmen der „Tage der Ein- und Ausblicke“. Und mitdrin: Gäste aus Unterfranken, die auf meine Einladung Anfang September auf politischer Entdeckungsreise in der Hauptstadt sind.

An- und Abreise der vom Bundespresseamt und meinem Gemündener Büro organisierten Reise erfolgte wie stets per Bahn - für mich als Eisenbahner eine Selbstverständlichkeit. Ein abwechslungsreiches Programm war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorbereitet: Einsichten in Vergangenheit und Zukunft boten Besuche im Museum Berlin-Karlshorst und dem „Futurium“, im Bundesministerium für Arbeit und Soziales fand ein Informationsgespräch statt und im Bundeskanzleramt eine Führung. Auch eine Stadtrundfahrt stand auf dem Programm.

Termine im Deutschen Bundestag waren das Zentrum des Programms. Hier stand ich auch meinen Gästen im Gespräch Rede und Antwort. Meine Ausführungen und die anschließende Diskussion stießen auf großes Interesse. Ich forderte meine Gäste auf, ihre Eindrücke in Berlin zum Anlass zu nehmen, selbst Botschafter der Demokratie zu werden und ihre Stimme auch zuhause für gemeinsame Werte zu erheben. Eine kurze persönliche Führung durch das Berliner Paul-Löbe-Haus zum Reichstagsgebäude, mitten durch die Aufbauarbeiten zum Bürgerfest, schloss sich an. Am Nachmittag ging es für die Gruppe dann noch in den Plenarsaal und auf die Kuppel. Ein weiterer Höhepunkt der Reise – im wahrsten Sinne des Wortes – war ein Mittagessen auf dem Berliner Fernsehturm am Alexanderplatz.

Die Gruppe, zu der auch Menschen mit Behinderung aus Hohenroth gehörten (Foto unten), nahm am Ende der vier Tage viele Eindrücke und Erfahrungen mit zurück nach Unterfranken.



Bundesregierung | Stadt.Land.Mensch-Fotografie

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.bernd-ruetzel.de

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

youtube.com/@berndruetzelmdb1037



Büro Bernd Rützel

ARBEIT

ANREIZE FÜR LÄNGERES ARBEITEN

Wir haben im Bundestag beschlossen: Wer im Alter länger arbeiten kann und will, bekommt jetzt zusätzliches Geld obendrauf. Das ist aber freiwillig — und muss auch freiwillig bleiben. Niemand muss länger arbeiten, dem hat die SPD einen Riegel vorgeschoben. Respekt für die, die arbeiten. Und Respekt für die, die lange gearbeitet haben! Mein Video-Statement dazu gibt's mit Klick auf das Foto oben.

LIEFERKETTEN

UNSER GESETZ WIRKT



Anfang September traf ich mich als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit & Soziales mit Mitgliedern von Gewerkschaften aus Serbien. Es ging um die Auswirkungen des Lieferketten-Gesetzes in Serbien. Wir

sind der zweitgrößte Handelspartner für Serbien. Wer global wirtschaftet, muss auch global Verantwortung übernehmen. Ich stelle fest: Unser Lieferketten-Gesetz wirkt.

PORTRAIT IN DER MAINPOST

Anfang September in der Mainpost: Redakteur Michael Czygan hat mich auf mehrere Termine begleitet und ein umfassendes Portrait geschrieben. Nachzulesen mit Klick auf das Foto (paywall):



TAGESAKTUELL INFORMIERT:
www.bernd-ruetzel.de
facebook.com/BerndRuetzelMdB
instagram.com/bernd_ruetzel
youtube.com/@berndruetzelmdb1037

KURZ & KNAPP

TERMINE IM SEPTEMBER

WERKSTATTRÄTE-KONFERENZ



Büro Rützel

Werkstatträtinnen und Werkstatträte aus ganz Deutschland waren auf Einladung der SPD Ende September im Bundestag. Mir ist dreierlei wichtig: 1. Werkstätten müssen offene und durchlässige Systeme sein. Die Beschäftigten müssen sich genauso außerhalb versuchen können, wenn sie das möchten. 2. Wir brauchen einen deutlichen Anstieg, was die Menschen erhalten. 3. Das Rentenprivileg in den Werkstätten muss bleiben. Auf dem Bild bin ich mit meiner Abgeordnetenkollegin Heike Heubach und Claudia Hein, Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte Sachsen-Anhalt.

LANGE NACHT DER FEUERWEHREN

Einmal mehr war das heuer wieder eine tolle „Lange Nacht der Feuerwehren“ mit Aktionen im ganzen Land (Foto: Gemünden). Retten - Löschen - Bergen - Schützen sind die Aufgaben der Wehren. Alle Feuerwehrleute machen einen tollen Job - für uns! Dafür müssen wir sehr dankbar sein und Respekt zollen.



Edith Rützel

BUNDESWEHR HAMMELBURG

25 Jahre Vereinte Nationen Ausbildungszentrum Bundeswehr. Hier werden Zivilisten auf Auslandseinsätze vorbereitet. Das ganze Ausbildungsteam um Oberst Klaffus leistet vorbildliche Arbeit. Eine Sani-tätsübung, Fahrzeugschau, Vortrag und Ansprachen rundeten die Veranstaltung in Hammelburg ab. Das Heeresmusikkorps Veitshöchheim spielte Märsche und für das leibliche Wohl sorgte die Feldküche.



Edith und Bernd Rützel

KURZ & KNAPP

TERMINE IM SEPTEMBER

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE



75 Jahre Deutscher Bundestag. Am 7. September 1949 konstituierte sich der erste Deutsche Bundestag in Bonn in einem geteilten Land. 1999, zehn Jahre nach der Friedlichen Revolution in der DDR, zog das gesamtdeutsche Parlament nach Berlin – vor 25 Jahren. Es gab zu diesem Anlass am „Tag der Ein- und

Ausblicke“ ein riesiges Programm. Der Ausschuss Arbeit und Soziales hat zum Bürgergespräch zur Rente eingeladen. Es war richtig viel los.

BEHINDERTENBEAUFTRAGTER



Bernd Rützel

Jahresempfang des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, vor Ort u.a. mit Christine Haupt-Kreutzer (SPD WÜ-Land, bfw Veitshöchheim) und der Präsidentin des VDK Deutschland, Verena Bentele.

Die Bundesregierung bereitet ein Behindertengleichstellungsgesetz vor, mit dem Menschen mit Behinderung einen individuellen Anspruch auf barrierefreien Zugang zu gewerblich angebotenen Gütern und Dienstleistungen erhalten sollen. Auch im öffentlichen Bereich stärken wir die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ermöglichen eine bessere Teilhabe. Es gibt noch ein paar dicke Bretter zu bohren, aber ich bin zuversichtlich.

Edith und Bernd Rützel

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das neue Schuljahr ist angelaufen. Für mehr als 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler heißt das: neue Runde, neues Glück, die Noten zurück auf null. Eine aufregende Zeit hat auch für die 134.000 Erstklässlerinnen und Erstklässler begonnen. Mit großen Schultaschen und großen Erwartungen sind sie ins Schulleben gestartet. Freuen sich darauf, Rechnen, Schreiben und vieles mehr zu lernen. Und träumen davon, später Ärztin, Lokführer oder Pilot zu werden.

Ob ihre Träume Wirklichkeit werden, hängt von einer Vielzahl an Rahmenbedingungen ab, zum Beispiel persönlichem Fleiß und Talent. Aber leider ist eine erfolgreiche Schullaufbahn nirgendwo in Deutschland so stark an den familiären Hintergrund gekoppelt wie in Bayern. So zeigt eine aktuelle Vergleichsstudie des ifo-Institutes, dass Kinder aus ärmeren oder weniger gebildeten Familien in Bayern die schlechtesten Chancen auf eine Gymnasiallaufbahn haben.

Eine solch eklatante Bildungsungerechtigkeit darf aus unserer Sicht, der SPD-Landtagsfraktion, nicht hingenommen werden. Was aber kann dagegen helfen? Das Startchancen-Programm von Bund und Ländern ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Nötig ist aber mehr: vor allem mehr Sprachförderung, und zwar

vom Kita-Alter an. Kostenfreie Nachhilfe. Bessere Unterstützungsangebote für benachteiligte Familien etwa in Erziehungsfragen. Auch ein längeres gemeinsames Lernen würde die Chancengleichheit verbessern. Vor allem aber braucht es ausreichend gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die genügend Zeit haben, sich jedem einzelnen Kind zu widmen.

Der Lehrermangel bleibt ein gravierendes Problem an Bayerns Schulen. Es fehlt nach wie vor an jungen, engagierten Menschen, die den Beruf ergreifen wollen. Und so ist abzusehen, dass zahlreiche Stellen insbesondere an Mittel- und Förderschulen auch künftig unbesetzt bleiben. Deshalb ist es umso wichtiger, nachdrücklich alles zu tun für eine weitere deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Eine schnellere Anhebung der Besoldung auf das Niveau „A13“, mehr Flexibilität bei der Wahl der Stundenzahl und bessere Teilzeitmodelle sind wichtige Maßnahmen. Um Überlastungen im Schulalltag vorzubeugen, sollte außerdem mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams gewährleistet sein, etwa durch Förderlehrer oder Schulpsychologen.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag setze ich mich ein für ein Bildungssystem, das allen Kindern in Bayern optimale Startchancen ins spätere Leben eröffnet. Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Und in ihre Bildung zu investieren, ist die bestmögliche Investition in die Zukunft.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbueero@martina-fehlner.de